

Substanzielles Protokoll 78. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 11. Dezember 2015, 17.05 Uhr bis 18.59 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 1. | Mitteilungen | |
| 4. | 2015/294 | Weisung vom 09.09.2015:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und
Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung
Globalbudgetanträge |
- FV

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

1493. 2015/294

Weisung vom 09.09.2015:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 77, Beschluss-Nr. 1493/2015)

Beschlüsse:

Antrag 114.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die finanzielle Entwicklung der Pflegezentren ist ziemlich besorgniserregend. Im Jahr 2013 wurde ein Gewinn von 2,7 Millionen Franken ausgewiesen, ein Jahr später resultierte ein Verlust von fast 11 Millionen Franken. Auch für das laufende und das nächste Jahr sieht es nicht viel besser aus. Im Gegensatz zum Ertrag steigt der Aufwand jedes Jahr deutlich an und das als Folge von kontinuierlich steigenden Ausgaben, u. a. in den Bereichen IT, Löhne, Aus- und Weiterbildung. Auch in der Produktegruppe 4 hat sich der Aufwand innert vier Jahren verdoppelt. Das ist ein überproportionaler Anstieg. Durch verschiedene Einsparungen um 1 Million Franken soll eine Saldoverbesserung auf 6,79 Millionen Franken erreicht werden.

Marcel Bührig (Grüne): Hier geht es um eine sehr kurzsichtige Budgetkürzung. Die Mehrheit der RPK sieht den überproportionalen Anstieg als gerechtfertigt an. Aufgrund des Fachkräftemangels und der allgemein schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt in diesem Bereich ist es mehr als gerechtfertigt, mehr Geld einzustellen und in die Aus- und Weiterbildung des Personals zu investieren, sodass die Pflegezentren ihren Grundversorgungsauftrag auch in Zukunft zuverlässig wahrnehmen können.

S. 231 30
3020
PG 4

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Pflegezentren der Stadt Zürich
Laufende Rechnung: Produktegruppen-Globalbudget / Saldo

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
114.	Antrag Stadtrat			7 790 400 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

1 000 000

6 790 400 Minderheit

Roger Liebi (SVP) Referent,
Martin Bürlimann (SVP)

Begründung: Überproportionaler Anstieg

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 115.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir haben ja bereits am Mittwoch die Listenkürzungen auf verschiedenen Konti vorgenommen, davon waren die Globalbudgets selbstverständlich ausgenommen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass Kürzungen – entsprechend allen anderen Dienstabteilungen – auch nötig sind. Wir verzichten aber auf unseren Antrag und wechseln zur Minderheit 2. Diese wird dadurch eigentlich theoretisch zur Mehrheit.*

Shaibal Roy (GLP): *Der Antrag entspricht den tabellarischen Massnahmen, die wir für die Kontogruppen 3092 Personalwerbung, 3101 Druckkosten, 3181 Post- und Telekommunikationsgebühren, 3186 Entschädigung für Projektbegleitung Dritter vorgeschlagen haben. Das soll analog auch bei den Produktgruppen-Globalbudget angewendet werden. Die Minderheit 2 beantragt eine Verbesserung um 201 600 Franken.*

Marcel Bührig (Grüne): *Wir sind auch hier ausdrücklich gegen die «Rasenmäheranträge». Die Pflegezentren (PZZ) leisten eine wichtige Arbeit; sie sorgen für die Grundversorgung im Pflegebereich und sind somit unerlässlich. Wir erachten es nicht als notwendig oder als sinnvoll, hier zu sparen und den PZZ die Arbeit zu erschweren.*

Weitere Wortmeldungen:

Shaibal Roy (GLP): *Wir zweifeln nicht an den Leistungen der PZZ und wollen diese auch nicht kürzen. Es geht konkret um Personalwerbung, Druckkosten, Reise- und Spesenentschädigungen und Entschädigungen für Projektbegleitung Dritter. Es geht nicht um den Kernauftrag. Das hier ist auch kein «Rasenmäherantrag», sondern ein Antrag, der auf analoge Kontogruppen zielt.*

Marcel Bührig (Grüne): *Wenn Sie bei der Personalwerbung sparen, gefährden Sie sehr wohl den Auftrag der PZZ. Die PZZ müssen Mitarbeiter finden, und es ist wichtig, dass sie die dafür nötigen Mittel haben.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Man kann nicht kürzen, ohne etwas an der Leistung zu verändern. Gerade bei Fachkräftemangel, der übrigens noch grösser werden dürfte, muss man sich um das Personal bemühen. Im Moment können die Leute aus verschiedenen Gründen nämlich zwischen Arbeitgebern auswählen. Wir haben eine Versorgungspflicht. Und wer nicht in ein städtisches Pflegezentrum kommt, geht in ein anderes Pflegeheim. Unsere Pflegeheime sind im Moment immer noch unter den Normkosten. Das System, wonach kein Gewinn gemacht werden darf, hat der Kanton festgelegt.*

S. 231 **30**
3020
Saldo

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Pflegezentren der Stadt Zürich
Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
115. Antrag Stadtrat			10 616 500	Mehrheit
	580 100		10 036 400	Minderheit 1
	201 600		10 414 900	Minderheit 2
	Begründung: FDP: Kürzung Saldo um 20 % analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3107, 3186, 3189; GLP: Kürzung Saldo um 10 % analog Sammelkürzungen auf den Kontogruppen 3092, 3101, 3181, 3186			

Roger Liebi (SVP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 116.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Wir Grünen wollen die Langzeitpflege stärken. Wir wollen gut qualifiziertes und motiviertes Personal, das nicht ausbrennt in Zeiten, in denen man zu wenig Leute hat. Das Personal soll Zeit haben, sich angemessen um die einzelnen Personen zu kümmern. Das betrifft ganz speziell die Alterszentren, die wir zum Glück so weiterentwickelt haben, dass die Personen dort bleiben dürfen, bis sie sterben. Das bedeutet aber, dass sie irgendwann pflegebedürftig werden. Der Schlüssel der Betreuung wurde aber nicht adäquat so weiterentwickelt, dass es mehr Personal geben würde, weil die Menschen pflegebedürftiger werden. Deshalb beantragen wir eine Verschlechterung um 1,3 Millionen Franken, damit etwa 13 Vollzeitstellen gewährt werden, und die Menschen bis zum Tod in den Alterszentren bleiben können.*

Roger Liebi (SVP): *Wir bevorzugen stringente Lösungen und verteidigen hier die Ausgaben des Stadtrats.*

S. 232 30
3026
PG 1

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Alterszentren Stadt Zürich
Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
116. Antrag Stadtrat			-3 927 500 Mehrheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		1 300 000	-2 627 500 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent
			Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)
	Begründung: Mehr Personal in der Langzeitpflege			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 14 Stimmen zu.

Antrag 117.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Gleich wie beim Antrag 115 wechseln wir auch hier zur Minderheit 2.

Shaibal Roy (GLP): Die Minderheit 2 schlägt analog den tabellarischen Kürzungen und konkret auf den Konten Personalwerbung, Druckkosten, Reise- und Spesenentschädigungen, Entschädigungen Dienstleistungen Dritter und Entschädigungen für Projektbegleitung Dritter eine Kürzung um 10 Prozent vor. Wir sind froh, dass die SVP, die FDP und die CVP auf unseren Antrag schwenken. Eine 10-prozentige Kürzung halten wir für realistisch und umsetzbar.

Marcel Bührig (Grüne): Es gilt das gleiche wie bei den PZZ. Die Alterszentren erfüllen einen wichtigen Grundversorgungsauftrag. Wer ihnen bei der Personalwerbung das Geld kürzt, erschwert ihnen, dringend nötiges, geeignetes Personal zu finden.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Unsere Anträge wären natürlich auch umsetzbar. Wir machen bei der Minderheit 2 mit, weil wir unsere Vorschläge in den ersten Sitzungen dummerweise nicht durchsetzen konnten. Deshalb können wir jetzt nicht stur bleiben und machen beim einen oder anderen Antrag der Minderheit 2 mit. Es wäre aber auch denkbar gewesen, dass die Minderheit 2 zu uns geschwenkt hätte.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Man muss gutes Personal finden und es dann auch halten können. Da sind die Bedingungen natürlich ausschlaggebend. Kürzungen betreffen auch Weiterbildungsmöglichkeiten. Weiter geht es auch um die Möglichkeit, in belastenden

Situationen – von denen es in einem Altersheim genug gibt – externe Fachleute in Anspruch zu nehmen. Sodann geht es um ein betriebliches Gesundheitsmanagement. Ebenfalls in Frage steht die Spesenrückerstattung für Angestellte, die jemanden zu einem Arzttermin begleitet haben – usw. Die Möglichkeiten, diese Leistungen trotzdem zu realisieren oder das Geld anderswo einzusparen sind beschränkt. Irgendwann werden jene, die es sich leisten können, in andere Altersheime gehen, und die anderen müssen nehmen, was übrig bleibt. Davon sind wir weit entfernt; die Zentren sind gut geführt. Das ist aber nur deshalb so, weil sich die Leute sehr engagieren. Wie lange sie das angesichts besserer Konditionen, die sie anderswo hätten, machen mögen, ist unklar. Solche Kürzungen bekommen letztlich alte, im Schnitt über 85-jährige Menschen zu spüren. Das bedeutet nicht nur weniger Leistung, sondern auch entsprechend weniger Ertrag.

S. 232	30 3026 Saldo	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Alterszentren Stadt Zürich Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
117.	Antrag Stadtrat				5 547 400	Mehrheit
			702 200		4 845 200	Minderheit 1
			359 100		5 188 300	Minderheit 2
		Begründung:	FDP: Kürzung Saldo um 20 % analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3107, 3180, 3186; GLP: Kürzung Saldo um 10 % analog Sammelkürzungen auf den Kontogruppen 3091, 3092, 3101, 3170, 3180, 3186			

Roger Liebi (SVP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 118.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Thomas Osbahr (SVP): Das Stadtspital Waid (SWZ) weist einen Saldo von 4,89 Millionen Franken aus. Die Minderheit 1 hält es für möglich, den Saldo um 890 000 Franken zu verbessern, und zwar mit weiteren Optimierungen und Massnahmen in allen Bereichen, z. B. durch eine Minimierung von Projekten. In der heutigen Zeit sollte ein Stadtspital rentabler und gewinnbringender sein. Sparmassnahmen sollen auf keinen Fall auf dem Buckel der Patientinnen und Patienten erfolgen.

Shaibal Roy (GLP): Auch dieser Antrag resultiert aus den tabellarischen Anträgen. Es sind nur Konti mit einer deutlichen Kostensteigerung in den Vorjahren betroffen, konkret Aus- und Weiterbildung Personal sowie Reise- und Spesenentschädigungen. Der Antrag umfasst 61 800 Franken und sollte problemlos durchsetzbar sein mit einem Budget von 4,89 Millionen Franken.

Andrea Nüssli (SP): Eine Kürzung um fast eine Million Franken bedeutet für das SWZ klar eine Stellenreduktion und somit durchaus Sparen auf dem Buckel der Patientinnen und Patienten. Zudem kann auch die bestehende Infrastruktur nicht mehr voll ausgenutzt werden, das macht ebenfalls keinen Sinn. Das SWZ hatte in den letzten Jahren sukzessive bessere Saldi und weniger Defizit.

S. 233	30 3030 Saldo	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Waid Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
118.	Antrag Stadtrat				
			890 000		4 890 400 Mehrheit
				4 000 400	Minderheit 1
			61 800		4 828 600 Minderheit 2
					Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Christian Traber (CVP)
					Begründung: SVP: Saldo muss noch mehr verbessert werden; GLP: Kürzung Saldo um 10 % analog Sammelkürzungen auf den Kontogruppen 3091, 3170

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(4 890 400)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(4 000 400)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(4 828 600)	<u>20 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 75 gegen 43 Stimmen zugestimmt.

Antrag 119.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Auch hier schwenkt die Minderheit 1 mit sehr viel Goodwill auf den Antrag der GLP.

Shaibal Roy (GLP): Dieser Antrag entspricht den tabellarischen Anträgen auf den Kontogruppen Aus- und Weiterbildung, Personalwerbung, Druckkosten, Entschädigungen

Dienstleistungen Dritter, Entschädigungen für Planung und Projektierung Dritter. Diese Konti zeigten entweder im Vergleich zum Vorjahr und/oder im Langjahresvergleich seit 2012 eine deutliche Steigerung auf.

Andrea Nüssli (SP): *Auch hier bedeutet die Kürzung um einen so hohen Betrag wieder eine Stellenreduktion und somit weniger Zeit für die Patientinnen und Patienten. Auch Kürzungen bei der Weiterbildung oder bei der Personalwerbung sind sehr einschneidend und treffen letztlich die Patientinnen und Patienten. Das Volk hat mit grossem Mehr dem neuen Bettenhaus im Stadtspital Triemli (STZ) zugestimmt. Damit dieses erfolgreich arbeiten kann, braucht es entsprechend Personal und Mittel. Eine Kürzung ist kurzsichtig und entspricht nicht dem Volkswillen.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *In Bezug auf diese Sammelkürzungen bei den Globalbudget-Abteilungen möchte ich auf die Absurdität des Vorgangs hinweisen. Natürlich erhält man im Excel mittels komplizierten Formeln gewisse Zahlen. Wir sind aber in einer Globalbudgetierung und müssten eigentlich Angaben zur Steuerung machen. Hier wird aber nur eine Pseudotechnik mit absurden Folgen angewendet. Beim STZ werden 2 Prozent des Aufwands gekürzt, beim STW 0,3 Prozent, und bei den Alterszentren und den PZZ sind es wieder andere Prozentsätze. Der Mechanismus, die Ableitung von irgendwelchen Tabellenanträgen ist absurd. Es ist total sphärisch, wenn man sich nicht am Aufwand orientiert.*

Shaibal Roy (GLP): *Dann müsste man aber grundsätzlich über das Globalbudget und die Steuerungsgrössen diskutieren. Wir brauchen irgendeinen Ansatz. Man könnte auch den Fallschwere-Index hinterfragen, aber soll das Aufgabe des Parlaments sein? Der Fallschwere-Index ist beim STW im Vergleich zum STZ z. B. sehr defensiv kalkuliert.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Ein Spital kann keinesfalls den Fallschwere-Index steuern. Der Gemeinderat hat einmal ein Globalbudget-System beschlossen und das heisst eben nicht Steuerung über ein Remo-Konto, sondern über Steuergrössen. Aber dann müssten Sie sich an die Steuergrössen halten, die Sie selber definiert und verabschiedet haben. Den Fallschwere-Index als Steuerungsgrösse zu nehmen, würde an Gesetzeswidrigkeit grenzen. Nun hat man hunderte von Millionen für das wahrscheinlich modernste Bettenhaus ausgegeben und ist auch dafür, dieses zu eröffnen, sagt aber gleichzeitig, für den Fall, dass sich kein Personal findet, könne man ja eine Station geschlossen lassen – das ist vom Resultat her widersinnig. Es wäre gut, wenn Sie von solch willkürlichen Änderungen Abstand nehmen würden. Die Spitäler, Pflege- und Alterszentren tun ihr Mögliches, um gute Leistungen zu erbringen und ihre Budgetvorgaben zu erfüllen.*

Roger Liebi (SVP): *Niklaus Scherr (AL) hat mir in einer kurzen Unterhaltung gesagt, die Begründung sei eigentlich nicht wichtig, es komme auf die Zahl an. Walter Angst (AL) weist jetzt aber auf die Begründung hin. Es geht aber um den Saldo. Die beiden Spitäler arbeiten tatsächlich besser als noch vor einigen Jahren, und ich bin überzeugt, dass sie mit der Kürzung umgehen können.*

Walter Angst (AL): *Ich möchte keine anderen Steuergrössen, sondern überhaupt Steuergrössen, wo es etwas zu steuern gibt. Patientenzahl, Pflegezahl, Fallschwere-Index – man kann darüber diskutieren, wo eine Steuerung Auswirkungen auf den Saldo hätte. Die Anzahl Auszubildender ist eine echte Steuergrösse, insgesamt sind unsere*

Möglichkeiten, über Steuergrössen zu steuern, aber dürftig.

S. 234	30 3035 Saldo	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Stadtpital Triemli Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
119.	Antrag Stadtrat				5 508 700 Mehrheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			1 907 100		3 601 600 Minderheit 1	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			992 600		4 516 100 Minderheit 2	Shaibal Roy (GLP) Referent
		Begründung:	FDP: Kürzung Saldo um 20 % analog Sammelkürzungen zu den Kontogruppen 3091, 3180, 3189; GLP: Kürzung Saldo um 10 % analog Sammelkürzungen auf den Kontogruppen 3091, 3092, 3101, 3180, 3182			

Roger Liebi (SVP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Antrag 120.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Roger Liebi (SVP): *Im Budget 2015 waren 400 500 Franken eingestellt, aber in der Rechnung 2014 waren es 225 000 Franken. Wir sehen nicht ein, warum man angesichts des finanziellen Umfelds der Stadt Zürich auf dem hohen Niveau bleiben soll. Deshalb empfehlen wir eine moderate Kürzung um 50 000 Franken.*

Andrea Nüssli (SP): *Auch hier steht ein Volksentscheid im Hintergrund, wir möchten nämlich das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft erreichen. Damit dies möglichst zielführend möglich ist, braucht es Öffentlichkeitsarbeit. Dem Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) möchten wir Power geben, damit mehr möglich ist.*

S. 235	30 3045 3107 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
120.	Antrag Stadtrat				403 000 Minderheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)

50 000

353 000 Mehrheit

Roger Liebi (SVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürli-mann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Ausgaben reduzieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 121.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Simone Brander (SP): Hier geht es um einen Vorschlag für mehr Innovation, wie die Stadt Zürich beim Messen von Feinstaub eine Vorreiterrolle einnehmen könnte, und um einen kleinen Beitrag für einen verbesserten Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Die gesundheitlichen Auswirkungen von Feinstaub sind chronische Erkrankungen der Atemwege und des Herz-Kreislaufsystems, Lungenkrebs, Parkinson oder Alzheimer-artige Veränderungen des Gehirns. Je kleiner der Feinstaub, umso gefährlicher ist er für uns Menschen. Heute gilt als Messgrösse für Feinstaub das sogenannte PM10, darunter versteht man Partikel mit einem aerodynamischen Durchmesser $\leq 10 \mu\text{m}$. Für PM10 gibt es in der Schweiz einen Grenzwert, und PM10 wird auch in der Stadt Zürich gemessen. Von den Fachleuten wird PM10 als Leitschadstoff für den Feinstaub aber zunehmend in Frage gestellt, weil die chemische Zusammensetzung und Nanopartikel ($< 1 \mu\text{m}$) nicht durch die PM10-Messungen repräsentiert werden, für die Gesundheit aber von Bedeutung sind. Besonders der Schwebestaub PM2,5 beunruhigt die Fachleute. Während die grösseren Partikel die Lunge vor allem reizen, dringen die kleineren in die feinen Lungenbläschen, die sog. Alveolen ein und können zu Krebs und Herzinfarkt führen. Besonders schädlich sind die sehr kleinen, krebserzeugenden Russpartikel. PM2,5 wirkt sich auf die Gesundheit teilweise anders aus als PM10, deshalb genügt der heute gültige Grenzwert von PM10 nicht mehr. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat empfohlen, den unterschiedlichen Partikeln mit separaten Grenzwerten Rechnung zu tragen. Messungen zeigen, dass die Schweiz die von der WHO vorgeschlagenen Zielwerte für PM10 einhalten kann, die Belastung durch PM2,5 aber über der WHO-Empfehlung liegt. Das gilt auch für den Russ und sogar auf dem Land. Die eidgenössische Kommission für Lufthygiene hat darum vorgeschlagen, für PM2,5 einen Jahresmittelgrenzwert einzuführen. Der Umwelt- und Gesundheitsschutz (UGZ) ist in der Stadt Zürich mit der Überwachung und Bewertung der Luftqualität beauftragt. Die Minderheit der RPK schlägt deshalb vor, neu auf Stadtgebiet auch eine kontinuierliche Messung von PM2,5 zu machen und möchte auf diesem Konto einen zusätzlichen Beitrag von 100 000 Franken einstellen. Die Investitionen ins Messen und die entsprechenden daraus folgenden Präventionsmassnahmen sind auch ökonomisch sinnvoll. Alle langfristigen Gesundheitsschäden, die man mit Präventionsmassnahmen verhindern kann, kommen langfristig billiger zu stehen.

Roger Liebi (SVP): Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat weiss, was in diesem Bereich warum budgetiert wurde, und welche Messungen nötig sind. Deshalb kann man beim Betrag von 240 500 Franken bleiben. Abgesehen davon wurden die eben gehörten Ausführungen in der RPK nicht so detailliert vorgebracht. Es ist nicht richtig, dieses Anliegen in Form eines Budgetantrags zu bringen; ein Vorstoss wäre für so etwas der richtige Weg.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Da wir vorne im Tabellenantrag 48 100 Franken gespart haben, sind wir hier nur halb mit dem Stadtrat.

Dr. Mario Babini (parteilos): Auch wenn wir hier im Vergleich zu z. B. Peking eine Luftqualität wie im Lungensanatorium haben, ist es wichtig, konkrete Messdaten auch für PM2,5 zu haben.

S. 235	30 3045 3111 0000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Umwelt- und Gesundheitsschutz Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
121.	Antrag Stadtrat				240 500	Mehrheit
				100 000	340 500	Minderheit
						Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			Begründung: Feinstaubmessungen verbessern			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 122.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir sind dezidiert der Meinung, dass diese Kürzung um 13 500 Franken möglich ist. 2014 waren es noch 107 000 Franken, und jetzt sind 121 500 Franken vorgesehen – es ist nicht einzusehen, warum auf einmal so viel mehr Reise- und Spesenentschädigungen gezahlt werden sollen. Was im Budget 2015 schon falsch war, wäre auch im Budget 2016 falsch.

Felix Moser (Grüne): Hier sieht man, wie willkürlich die Begründung und Argumentation der SVP ist. Wenn man zurück auf die Rechnung 2013 gehen möchte, müsste man nämlich sogar 129 500 Franken budgetieren. Die RPK hat leider nicht gefragt, warum es solche Schwankungen gibt.

S. 236 30
3045
3170 0000

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT
Umwelt- und Gesundheitsschutz
Reise- und Spesenentschädigungen des Personals

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
122.	Antrag Stadtrat			121 500	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		13 500		108 000	Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Rechnung 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 123.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Roger Liebi (SVP): Auch hier beantragen wir ein Zurück auf die Rechnung 2014. Unser Ziel ist die Sanierung der Stadtfinanzen.

Felix Moser (Grüne): Auch hier könnte man auf die Rechnung 2013 zurück, dann käme man aber auf den gleichen Betrag und müsste gar keinen Antrag stellen. Sie sagen nicht, was Sie kürzen wollen. Auf diesem Konto sind u. a. Badewasserkontrollen, Abwassergebühren für die ZüriWC, Pilzkontrollen und mehr.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Dieses ist bekanntlich Ihr Lieblingskonto für Kürzungen, weil Sie nicht sagen müssen, was sie eigentlich genau möchten. Wenn Sie immer zurück auf die Rechnung des letzten Jahrs wollen, ist eigentlich jede Abteilung blöd, die immer nur das Nötigste ausgibt. Diese Argumentation tut so, als kämen keine neuen Vollzugsaufgaben auf die Stadt Zürich zu. Ein rechter Teil des Betrags ist für Vollzugsaufgaben, diese muss die Stadt Zürich von Gesetzes wegen wahrnehmen. Nun nehmen die gesetzlichen Vorschriften von Bund und Kanton bekanntlich ja nicht ab, sondern zu. Wenn man schon kürzen will, sollte man uns wenigstens erhellen können, was genau es 2016 nicht mehr braucht.

S. 236 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3045 **Umwelt- und Gesundheitsschutz**
3180 0000 **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
123. Antrag Stadtrat			2 783 700	Minderheit 1 Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	226 200		2 557 500	Mehrheit Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
	100 000		2 683 700	Minderheit 2 Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Christian Traber (CVP)

Begründung: SVP: Zurück auf Rechnung 2014; AL: Ausgaben reduzieren

Der Antrag der Minderheit 2 wurde zurückgezogen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Antrag 124.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Roger Liebi (SVP): Hier geht es um die Vergabe eines Auftrags in der Höhe von 85 000 Franken. Die Mehrheit erachtet das als nicht notwendig und will den Betrag entsprechend kürzen.

Marcel Bührig (Grüne): Der UGZ hat erst seit Kurzem einen neuen Direktor, jetzt haben wir die Möglichkeit, den UGZ auch in Sachen Strategie, Organisation und Management zu reformieren. Bei einer Strategie-, Organisations- und Managemententwicklung geht es langfristig darum, Kosten zu reduzieren. Deshalb halten wir die 85 000 Franken für verschmerzbar. Langfristig sollte eine Entlastung eintreten und es ermöglichen, den UGZ, der vom Volk gestützt wird, effizienter zu machen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: Dienstabteilungen werden ja gerne mit Unternehmungen verglichen; jede Unternehmung in dieser Grösse überprüft nach einer gewissen Zeit ihre Aufstellung, die Bündelung von Leistungen usw. Dafür holt jede Unternehmung externe Unterstützung ein, dem eigenen Personal fehlt es nämlich am entsprechenden Fachwissen und am nötigen Blick von aussen, d. h. an einer gewissen Betriebsblindheit. Auf eine Überprüfung zu verzichten, wäre fahrlässig. Bitte ermöglichen Sie der neuen Führung bzw. der Dienstabteilung im Interesse einer guten Leistungserbringung eine Überprüfung.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Die zentrale Frage in der Stadt Zürich lautet: Wer macht die Umweltpolitik? Das ist noch längst nicht entschieden und lässt sich auch nicht in einem Organisationsentwicklungsprozess im UGZ entscheiden. Vielmehr wäre hier der Stadtrat gefragt, vielleicht der Projektstab der Stadtpräsidentin, wer weiss. Dort werden die entscheidenden Fragen beantwortet. Wenn die Ergebnisse des Organisationsentwicklungsprozesses eine gesamtstädtische Schau anregen würden, wäre das Geld sehr gut eingesetzt.

S. 236 30
3045
3186 0000

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Umwelt- und Gesundheitsschutz

Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
124. Antrag Stadtrat			94 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
	85 000		9 000 Mehrheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Auf die Vergabe eines Auftrags in der Höhe von insgesamt Fr. 85 000 zwecks Strategie-, Organisations- und Managemententwicklung bei der Dienstabteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz sei zu verzichten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 125.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): Hier geht es um Desinvestitionsbeiträge beim Ersatz fossiler Heizungen durch erneuerbare Energien. Die Minderheit beantragt eine Kürzung auf Null. Wie im Budgetbuch 2016 erwähnt, ist eine Weisung (2015/277) in Vorbereitung, die ein Pilotprojekt von 2016 bis 2020 mit einem Objektkredit von 2,12 Millionen Franken zum Gegenstand hat und im Januar/Februar 2016 in den Rat kommen wird. Dieses Pilotprojekt spricht nur Siedlungen mittlerer Grösse an. Vom Bezug solcher Desinvestitionsbeiträge ausgeschlossen sind aber auch jene Liegenschaften im Fernwärmegebiet Zürich Nord, die für die Wärmeerzeugung bereits einen Desinvestitionsbeitrag im Rahmen des Bio- oder Erdgasnetzes von der Energie 360° AG erhalten. Nach unserer Ansicht will die Stadt Zürich unbedingt wieder einen weiteren Subventionstopf eröffnen. Das Ganze soll gleich gehandhabt werden wie der Stromsparfonds, und höhere Beiträge könnten unter Umständen über Zusatzkredite beantragt werden. Genau solche Zusatzkredite wollen wir aber nicht; wir erwarten vom Stadtrat eine klare Kostenaufstellung. Wir sind nicht generell gegen erneuerbare Energien, aber es sind diesbezüglich noch zu viele Fragen offen.

Felix Moser (Grüne): Nach Meinung der Mehrheit soll die Weisung in der Spezialkommission diskutiert werden. Nachher wird der Rat anhand der Weisung über den Kredit abstimmen können. Im Moment ist der Kredit aber im Budget einzustellen.

S. 236 **30** **GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT**
3045 **Umwelt- und Gesundheitsschutz**
3660 0000 **Beiträge an Private**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
125. Antrag Stadtrat			250 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	250 000		0 Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zu viele Subventionen, unklare Handhabung des Wärmeverbands

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT

Antrag 126.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Hungerbühler (CVP): Die Stellen der Arbeitsgruppe Kunst im öffentlichen Raum (KiöR) werden in die Zentralverwaltung des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements (TED) verschoben. Dadurch soll die Geschäftsstelle der KiöR gestärkt werden. Das finden wir nicht gut, denn für uns ist die KiöR überflüssig. Der Betrag soll gestrichen, und die KiöR somit aufgelöst werden.

Christina Hug (Grüne): Die Mehrheit findet Kunst im öffentlichen Raum wichtig, sinnvoll und spannend. Die Arbeitsgruppe KiöR leistet eine gute Arbeit, der Betrag soll nicht gestrichen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Auf einer Velotour mit STR Filippo Leutenegger und der KiöR sind wir zum Friedhof Eichbühl hoch gefahren und haben die Kunstobjekte betrachtet, wobei es oft vorkam, dass wir den Kunstwerken nicht auf Anhieb gewahr wurden. Es hatte zwar spannende, freche Sachen darunter, vieles blieb aber unverständlich. Zu nennen ist etwa ein verkohlter Baumstamm, der auf Reis liegt. Die Vögel picken den Reis weg, und ein Zivildienstler muss jeden Morgen wieder neuen Reis unter den Baumstamm streuen. Dieses Objekt befindet sich am äussersten Stadtrand von Zürich, sodass die Zahl der Betrachter klein sein dürfte. Am Schluss wurden wir noch in eine kleine Wasserfabrik eingeladen, wo Wasser in schöne Flaschen abgefüllt und für Fr. 1.50.– pro Flasche verkauft wird. Jesus hat Wasser in Wein verwandelt, und wir verwandeln Steu-

ergelder in Wasser zurück. Jetzt, wo wir gerade im Gesundheits- und Umweltdepartement (GUD) Streichungen vorgenommen haben, könnte man sich wirklich überlegen, ob es sich hier um eine staatliche Aufgabe handelt. Ich glaube nicht, dass Kunst im öffentlichen Raum in Sparzeiten eine zentrale staatliche Aufgabe ist.

Dr. Mario Babini (parteilos): Ich bin zwar relativ kulturfreundlich eingestellt, das hat man auch in der Kulturdebatte gesehen. Da ich aber nach der Debatte meinem ehemaligen Fraktionschef Mauro Tuena versprochen habe, das Geld wenigstens teilweise wieder einzusparen, nutze ich jetzt die Gelegenheit dazu.

S. 240	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung			
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
126.	Antrag Stadtrat			1 911 000	Mehrheit
			223 700	1 687 300	Minderheit
					Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Streichung «Kunst im öffentlichen Raum»		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 127.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Hungerbühler (CVP): Auch hier geht es noch um die KiöR. Der Betrag wurde ziemlich erhöht, v. a. im Vergleich zu 2014 – damals lag er noch bei 46 000 Franken. Nachher stieg er rasant an, und wir möchten ihn um 97 000 Franken kürzen. In Sparzeiten muss man auch in solchen Bereichen irgendwo anfangen zu sparen.

Florian Utz (SP): Der Grund für den Anstieg der Ausgaben auf diesem Konto ist, dass die KiöR früher beim TED budgetiert war und jetzt neu bei der Zentralen Verwaltung, wodurch das entsprechende Konto natürlich grösser wird. Insgesamt sind die Ausgaben für die KiöR im Budget 2016 aber tiefer als im Budget 2015, sie sind nur an einem anderen Ort eingestellt.

S. 241	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung			
	3180 0000	Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
127.	Antrag Stadtrat			250 000	Mehrheit
					Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP)

97 000

153 000 Minderheit

Christian Traber (CVP)
Referent, Martin Bürlimann
(SVP), Dr. Urs Egger
(FDP), Roger Liebi (SVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Budget 2015 nicht überschreiten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 50 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 128. und 129.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Hier geht es um einen Kostendeckungsbeitrag. Die gleiche Diskussion haben wir bereits im Rahmen des letzten Budgets geführt. Die gebührenfinanzierten Dienstabteilungen leisten einen Beitrag an die Leistungen, die die Zentralen Verwaltungen für die einzelnen Dienstabteilungen erbringen. Letztes Jahr hat der Gemeinderat die Abgaben im TED so festgesetzt, dass sie auf den beiden Konti zusammen insgesamt 1,7 Millionen Franken betragen. Der Stadtrat beantragt jetzt, dass die 1,7 Millionen Franken entgegen dem Budgetbeschluss vom letzten Jahr auf eine Million Franken gekürzt werden. Wir sind der Meinung, dass 1,7 Millionen Franken nicht übermässig viel sind; die Gesamtausgaben in der Zentralen Verwaltung des TED betragen 4,6 Millionen Franken. Das Kostendeckungsprinzip ist bei Weitem nicht verletzt, im Gegenteil. Für eine genaue Berechnung des Betrags sind wir offen. Eine Million Franken wäre aber sicher zu wenig.

Martin Bürlimann (SVP): Es gibt zwei Ansichten dieses Sachverhalts. Die Aufwendungen im Budget der Zentralen Verwaltung des TED sind in den letzten Jahren gesunken. 2014 waren es 4,5 Millionen Franken, 2015 4,3 Millionen Franken, 2016 4,1 Millionen Franken – nach Abzug des KiÖR-Budgets von 0,5 Millionen Franken. Die Vergütungen der Dienstabteilungen an die Zentrale Verwaltung für Verwaltungskosten stützen sich auf das Kreisschreiben, Paragraph 64 Absatz 2: «Interne Verrechnungen sind Gutschriften und Belastungen zwischen Funktions- oder Institutionsstellen. Sie müssen vorgenommen werden, wenn eine kostendeckende Verrechnung von Leistungen erforderlich ist, wenn die Ermittlung der gesamten Kosten einer besonderen Aufgabe notwendig ist, wenn sie der wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung dienen, oder wenn die Vergleichbarkeit der Rechnungen es erfordert.» Eine Erhöhung der Vergütungen an die Zentrale Verwaltung um 0,7 Millionen Franken würde angesichts dieser Grundlage das Kostendeckungsprinzip verletzen. Vielleicht müsste man das einmal grundsätzlich klären.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Wir haben nicht nur die 4,1 Millionen Franken, sondern auch noch Investitionsbeiträge und Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen. D. h. der bereinigte Aufwand TED Zentrale Verwaltung beträgt 3,035 Millionen Franken. Von den vier Direktionen des TED betreibt das Tiefbauamt (TAZ) am meisten Aufwand. Wir haben intern die Grössenordnung des Aufwands ausgerechnet: Würden Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) 56 Prozent zugemutet, blieben am Schluss für das TAZ, für Grün Stadt Zürich (GRZ) und für Geomatik + Vermessung (GeoZ) noch 44 Prozent – und das stimmt einfach nicht. Zwischen der Hälfte und zwei Drittel fallen auf das TAZ. Das ERZ betrifft es in der Realität hingegen nur mit etwa 15 Prozent. Laut Gesetz dürfen wir nur eine Kostenberechnung machen; es sind kostendeckende Verrechnungen

und keine Gewinnablieferungen. Würden wir jetzt auf 1,7 Millionen Franken gehen, wäre das bei Weitem überschritten und nicht mehr gesetzeskonform. Sie müssen am Schluss selber entscheiden, aber ein solcher Beschluss wäre eine verdeckte Gewinnablieferung an die allgemeine Stadtverwaltung.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Diese Fragen haben wir vor einem Jahr zum ersten Mal diskutiert. Neben dem TED ist auch noch das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) betroffen. Vor einem Jahr haben wir gefragt, wie der Stadtrat auf diese Zahl kommt, ob er sie einmal an die Teuerung anpassen will, ob er irgendwelche Grössenordnungen hat. Die gleichen Kalkulationen wie STR Filippo Leutenegger habe ich auch gemacht. Ich warte auf die Rechnung, um zu sehen, wie er es real verbucht. Ein Minimum an Aktivität in Bezug auf die realen Zahlen hätte man nach einem Jahr schon erwarten können. Um diesen Auftrag sowohl für STR Filippo Leutenegger als auch für STR Andres Türler noch einmal zu präzisieren, schwenken wir auf die Minderheit. Wir hoffen, einmal Angaben über die Herkunft des Aufwands zu erhalten und darüber, was eine realistische, dem Gemeindegesetz und dem Kostenprinzip entsprechende Abgabe an die Zentrale Verwaltung wäre. Ich fordere keinen Franken- und Rappenbetrag, aber eine Angabe der Grössenordnung.

STR Filippo Leutenegger: Ich nehme das als Auftrag und bringe mit der Rechnung 2015 eine Zusammenstellung dieser Kosten, gut abgestützt auf die effektiven Aufwendungen.

Shaibal Roy (GLP): Auch die GLP schwenkt – analog der AL – auf die Minderheit und ist froh zu hören, dass der Auftrag entgegengenommen wurde. Das betrifft auch die entsprechenden Anträge 190–192.

S. 241 35
3500
4980 0501

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung
Vergütung von ERZ, Abwasser für Verwaltungskosten

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
128. Antrag Stadtrat			- 500 000	Mehrheit
	500 000		-1 000 000	Minderheit
				Enthaltung
Begründung: Gemeinderatsentscheid zu Kostendeckungsbeitrag umsetzen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 129.

Wortmeldungen siehe Antrag 128.

S. 241 35 TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
3500 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung
4980 0502 Vergütung von ERZ, Abfall für Verwaltungskosten

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
129. Antrag Stadtrat			- 500 000 Mehrheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
	200 000		- 700 000 Minderheit	
			Enthaltung	
Begründung: Gemeinderatsentscheid zu Kostendeckungsbeitrag umsetzen				

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 76 gegen 48 Stimmen zu.

Antrag 130.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Knauss (Grüne): Verkehr ist ein Problem in vielerlei Hinsicht, u. a. auch in Sachen Lärm. Auf dieses Problem reagiert die Stadt Zürich leider immer öfter, indem sie Mauern baut. Gemäss einer Verordnung des Bundesrats wäre das Problem aber an der Quelle anzugehen. Auch an der Furttalstrasse will man eine Lärmschutzwand bauen, dort hat es insgesamt 52 lärmbeeinträchtigte Liegenschaften, wovon fünf mit der Lärmschutzwand geschützt werden sollen. Die fünf Gebäude liegen auf einem Areal, auf dem eine Arealüberbauung möglich wäre. In den Auflageplänen heisst es: «Die Lärmschutzwand weist auch auf das erste Obergeschoss eine gute Wirkung aus.» Damit wird verraten, dass eine Lärmschutzwand für die höheren Geschosse gar nichts bringt. Das Problem ist auch, dass bei bestehenden Lärmschutzwänden tendenziell schneller gefahren wird, sodass alle anderen, die nicht geschützt werden können, noch mehr Lärm haben. Es ist eine ineffiziente und teure Massnahme. An der Überlandstrasse sind besonders schöne Wände von 3,2 m Höhe geplant. Dort wird aber bald ein Gebiet mit erhöhter Ausnützung festgelegt, d. h. über kurz oder lang wird das Gebiet verdichtet neu gestaltet werden. In einer solchen Situation noch eine Lärmschutzwand zu errichten, macht keinen Sinn.

Martin Bürlimann (SVP): Die Projektmanagementkosten (PMK) werden aufgeteilt in PMK ohne Massnahmen an der Quelle und in PMK mit Massnahmen an der Quelle. Das gilt für die Wehntalerstrasse, die Bucheggstrasse 38–46, die Rosengartenstrasse 4–6, die Furttalstrasse und die Überlandstrasse. Die Sanierungen sollen mittels Massnahmen an der Quelle erfolgen, das geht in gewissen Situationen aber nicht. Die bereits relativ weit fortgeschrittenen Projekte für Lärmschutzwände an stark befahrenen Strassen sollen wie geplant weitergezogen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Guido Trevisan (GLP): Lärmschutzwände sind nicht gerade Augenweiden. Wie soll aber der Lärmschutz für Anwohnerinnen und Anwohner umgesetzt werden? Bis 2018 erhält man vom Bund für gewisse Massnahmen Geld. Nach Meinung der GLP sollten

zentrale Strassen eine gewisse Sogwirkung erzeugen, und das wird über das Tempo erreicht. Somit bleiben nur noch die anderen Massnahmen. Beim lärmarmen Belag, der uns am liebsten wäre, ist man technologisch noch nicht so weit. Es bleiben also noch die Fenster und Lärmschutzwände. In Einzelfällen haben sich die betroffenen Genossenschaften ausdrücklich dafür ausgesprochen. Deswegen und angesichts der Verpflichtungen finden wir Lärmschutzwände sinnvoll und nehmen sie als kleineres Übel.

Derek Richter (SVP): Es gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, um den Lärm abzuhalten, z. B. auch Lärmschutzfenster, Flüsterbelag und neuerdings auch Autoreifen mit Lärmetiketten. Letztere werden mehr und mehr eingesetzt und werden für eine spürbare Reduktion der Lärmquelle sorgen. Wie kann man auf der Überlandstrasse zu schnell fahren, wo doch alle paar Meter ein Radar steht?

Markus Hungerbühler (CVP): Für einen rollenden Verkehr ist es wichtig, auf Haupt-, Ein- und Ausfallsachsen Tempo 50 beizubehalten. Tempo 30 kommt dort aus unserer Sicht klar nicht in Frage. Flüsterbelag ist sicher ab und zu angezeigt. Lärmschutzwände sind eine andere Variante. Wenn es keine Lärmschutzwände gibt, wird die Bevölkerung an den entsprechenden Orten weiter unter dem Lärm leiden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: In der Stadt Zürich gibt es nur ungefähr zehn Projekte mit Lärmschutzwänden, und zwar dort, wo keine anderen Massnahmen getroffen werden können. An der Überlandstrasse wurde übrigens ein lärmarmes Belag eingebaut, aber das reicht halt nicht, weil nicht Tempo 30 eingeführt werden kann. Diese Projekte passieren im Einverständnis mit den Eigentümern und Einwohnern. Die Genossenschaften wünschen diese Massnahme, weil sie wissen, dass es im Moment keine Alternative gibt. Mit Lärmschutzfenstern könnte man übrigens den Vorgarten und somit den Raum für die Kinder nicht schützen.

S. 242	35 3501 3180 0000	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
		Fonds des überkommunalen Strassennetzes				
		Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
130.	Antrag Stadtrat			605 200	Mehrheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		24 700		580 500	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
		Begründung:		Streichung der Lärmschutzwände Furttalstrasse und Überlandstrasse, Sanierung muss mit Massnahmen an der Quelle erfolgen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 131.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): In Schwamendingen gibt es eine Vielfalt von Lärmquellen (Fluglärm, Tramgeräusche, Gleisschleifgeräusche, Kühe, Elefanten, Autos), davon stören mich die Autos abends am wenigsten. Ich finde es schizophoren, Tempo 30 zu der Massnahme zur Lärmberuhigung der Quartiere zu erküren, wenn man alle anderen Verkehrslärmquellen in ihrer Summe gar nicht zählt, weil die Berechnungsformel eine andere ist. Flüsterbelag oder geräuscharme Reifen wären andere Massnahmen, die zu einer Lärmqualitätsverbesserung beitragen würden. Aber bitte nicht Tempo 30 als Bevormundungs- und Strafkation einsetzen, wo es andere Lärmquellen gibt, die in der Summe viel mehr stören als die paar Autos.

Florian Utz (SP): Die SP ist jederzeit sehr offen für eine Zusammenarbeit gegen Fluglärm. In Bezug auf Tempo 30 wurden Lärmschutzfenster erwähnt und solche sind auf diesem Konto auch eingestellt. Die Sanierung mit Lärmschutzfenstern ist wesentlich teurer als die Sanierung mit Tempo 30. Demnach müsste man eigentlich, wenn man eine Sanierung mit Tempo 30 nicht will, das Budget erhöhen. Die Mehrheit befürwortet die Tempo 30-Massnahmen aber.

S. 243	35 3501 514801	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT Fonds des überkommunalen Strassennetzes Lärmschutzmassnahmen bei Strassen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
131.	Antrag Stadtrat				1 835 000	Mehrheit
			1 835 000		0	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Kein Lärmschutz mit Tempo 30			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 132.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Mit unserem Konsensantrag ganz am Anfang der Debatte sind wir nicht durchgekommen, deshalb können wir diesen gezielten Antrag hier stehen lassen. Wir sind auch überzeugt, dass die geforderte Kürzung umsetzbar ist mit Fokus auf die betrieblich nicht notwendigen Stellen in der Verwaltung.

Florian Utz (SP): Die Minderheit wäre bereit, dem TAZ die Ressourcen zu geben, die für wichtige anstehende Projekte, wie z. B. die Umsetzung des Masterplans Velo, notwendig sind. Man könnte hier aber auch zynisch argumentieren und sagen, am Ende werde es ohnehin nicht so aussehen wie es sollte – ob man die Umsetzung mit mehr

oder weniger Stellen nicht macht, spielt eigentlich keine Rolle. Gleichzeitig wissen wir, dass ein anderer Personalantrag durchgekommen ist, der mit einem Prüfauftrag verbunden ist. Sollte diese Prüfung ergeben, dass hier die zwei, drei Stellen tatsächlich zu kürzen wären, könnte man dies durchaus tun. Mit diesem offen formulierten Antrag wollten wir dem Stadtrat Flexibilität gewähren, deshalb lehnen wir es ab, gezielt Stellen zu streichen.

S. 246	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
132.	Antrag Stadtrat				30 801 700 Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			300 000		30 501 700 Mehrheit	
			Begründung: Es sollen zusätzlich 2-3 weitere Stellen nicht mehr ersetzt werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 133.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Weil diesem Antrag schon eine Kürzung in der Tabelle voran geht, ziehen wir ihn zurück.

S. 246	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3092 0000	Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
133.	Antrag Stadtrat				260 000 Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			20 000		240 000 Mehrheit	
			Begründung: Personalwerbung um Fr. 20 000 senken			

Shaibal Roy (GLP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 134.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Es ist durchaus gut, Fachliteratur und Zeitschriftenabonnemente zu haben, wir finden aber, dass dies nicht in unbegrenztem Mass nötig ist. Der gleiche Betrag wie 2014 sollte reichen.*

Florian Utz (SP): *Die Minderheit der RPK hat Vertrauen in STR Filippo Leutenegger, dass er dieses Geld nicht mit beiden Händen zum Fenster hinauswirft.*

S. 246	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3102 0000	Fachliteratur und Zeitschriften				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
134.	Antrag Stadtrat				38 900 Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)
			10 000		28 900 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Gleicher Betrag wie 2014 zur Verfügung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 61 Stimmen zu.

Antrag 135.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Wir beantragen eine Kürzung um 10 Prozent. Nach der Kürzung um 10 Prozent ist der Betrag immer noch um 30 000 Franken höher als der in der Rechnung 2014 veranschlagte Betrag. Wir gehen davon aus, dass das Konto sowieso nicht ausgeschöpft wird, und der geforderte gekürzte Betrag erreicht werden kann.*

Felix Moser (Grüne): *In der Rechnung 2014 ist begründet, warum der Betrag so klein war: Minderaufwand wegen milder Witterung und dadurch weniger Winterdienstesätze. In den Jahren vorher hat man viel mehr ausgegeben. Es ist nicht sinnvoll, hier zu kürzen, denn man weiss nicht, wie der Winter wird.*

S. 247	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT			
	3515	Tiefbauamt			
	3130 0000	Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
135.	Antrag Stadtrat			636 900	Minderheit
		64 000		572 900	Mehrheit
					Enthaltung
					Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Vizepräsident Walter Angst (AL)
		Begründung:	Betriebs-, Verbrauchs- und Produktionsmaterialien um 10 % senken		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

Antrag 136.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *In der letzten Legislatur wurden jeweils ungefähr 6,5 Millionen Franken gesprochen und auch ausgegeben. In den letzten beiden Jahren waren jeweils 7 Millionen Franken budgetiert, und jetzt soll es erneut eine Kostensteigerung um fast eine Million Franken geben. Wenn es in der Vergangenheit mit 6 bzw. 7 Millionen Franken ging, sollte es doch möglich sein, wenigstens bei 7 Millionen Franken zu bleiben.*

Martin Bürlimann (SVP): *Dass auf diesem Konto jetzt mehr eingestellt ist als in früheren Zeiten, könnte bedeuten, dass damals notwendige Sachen nicht gemacht oder hinausgeschoben wurden. Der Mehrbedarf ist im Bauprogramm ausgewiesen. Die Werterhaltungsstrategie auf diesem Konto ist genau dargestellt. Die Reparaturen sind für den sicheren Betrieb der Infrastruktur von Bedeutung. Ein gewisser Unterhalt ist nötig, die Strassen werden sehr stark und immer stärker benutzt, und die Kosten steigen überproportional. Es geht hier um eine Investition in die Werterhaltung. Die Kernaufgabe fällt jetzt unter der Strasse an, dabei wird aber nichts vergoldet – was defekt ist, muss geflickt werden. Deshalb ist die Kürzung nicht sinnvoll.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Es geht hier um Reparaturen an den Gemeindestrassen, die als Programm ausgewiesen sind. Das Thema ist völlig unideologisch. Die Instandstellung der Strassen wird laufend erfasst und fliesst in ein Programm, das anschliessend ausgelöst wird. Kürzungen bedeuten hier Aufschub, und daraus entstehen Bugwellen.*

Weitere Wortmeldung:

Christoph Marty (SVP): Es geht um den Unterhalt der Gemeindestrassen und nicht um Ausbauten. Reparaturen und Unterhalt sind für den sicheren Betrieb und vor allem für den Werterhalt unserer Infrastruktur unabdingbar. Gut unterhaltene Gemeindestrassen sehen nicht nur besser aus, sie wirken sich auch sicherheitsrelevant und lärmindernd aus. Der angemessene Unterhalt seiner Infrastruktur ist eine Kernaufgabe des Staats. Die Ausgaben auf diesem Konto sind notwendig, und Kürzungen sind nicht sinnvoll. Wenn die Infrastruktur die geplante Lebensdauer wegen Vernachlässigung nicht erreichen kann, resultiert mittelfristig keine Einsparung, sondern massive Mehrkosten.

S. 247	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3145 0101	Baulicher Unterhalt der Gemeindestrassen				
			Verbesserung	Verschle- terung	Betrag	Stimmen
136.	Antrag Stadtrat				7 850 000	Minderheit
			850 000		7 000 000	Mehrheit
		Begründung:	Notwendigkeit der gewünschten Mehrausgaben ist nicht ausgewiesen, Budgetierung gemäss Rechnung 2014 und Budget 2015 müssen deshalb genügen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 137.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Nach der beantragten Reduktion um 40 000 Franken sind die Ausgaben auf diesem Konto immer noch über 25 Prozent höher als in der Rechnung 2014.

Florian Utz (SP): Zur Verbesserung der Wohnlichkeit in den Quartieren werden relativ kostengünstige Massnahmen, die aber eine relativ grosse Wirkung haben, getroffen. Die Wirkung steigert die Lebensqualität real. Deshalb glauben wir, dass diese 40 000 Franken tatsächlich wehtun. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieser Kürzung ist relativ schlecht.

S. 247	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3149 0201	Kleinere Neu- und Umbauten: Verbesserung der Wohnlichkeit in den Quartieren				
			Verbesserung	Verschle- terung	Betrag	Stimmen
137.	Antrag Stadtrat				290 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)

40 000

250 000 Mehrheit

Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Aufwand um Fr. 40 000 senken

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 138.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Auch hier geht es wieder um die KiÖR. Die Mehrheit beantragt, diese Massnahmen nicht umzusetzen und auf diesem Weg 145 000 Franken nicht auszugeben.

Felix Moser (Grüne): Es geht hier aber in erster Linie um den Unterhalt von bestehenden KiÖR-Objekten und also nicht um die Neuerstellung solcher Objekte. Die Minderheit findet es richtig, wenn die Objekte unterhalten und gereinigt werden, damit sie auch nach etwas aussehen.

S. 247	35	TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT				
	3515	Tiefbauamt				
	3149 0302	Kleinere Neu- und Umbauten: Übrige				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
138.	Antrag Stadtrat				1 103 000 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			145 000		958 000 Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Keine KiÖR-Massnahmen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 79, Beschluss-Nr. 1493/2015).

E i n g ä n g e

Es sind keine Vorstösse eingereicht worden.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 2015, 20.30 Uhr.